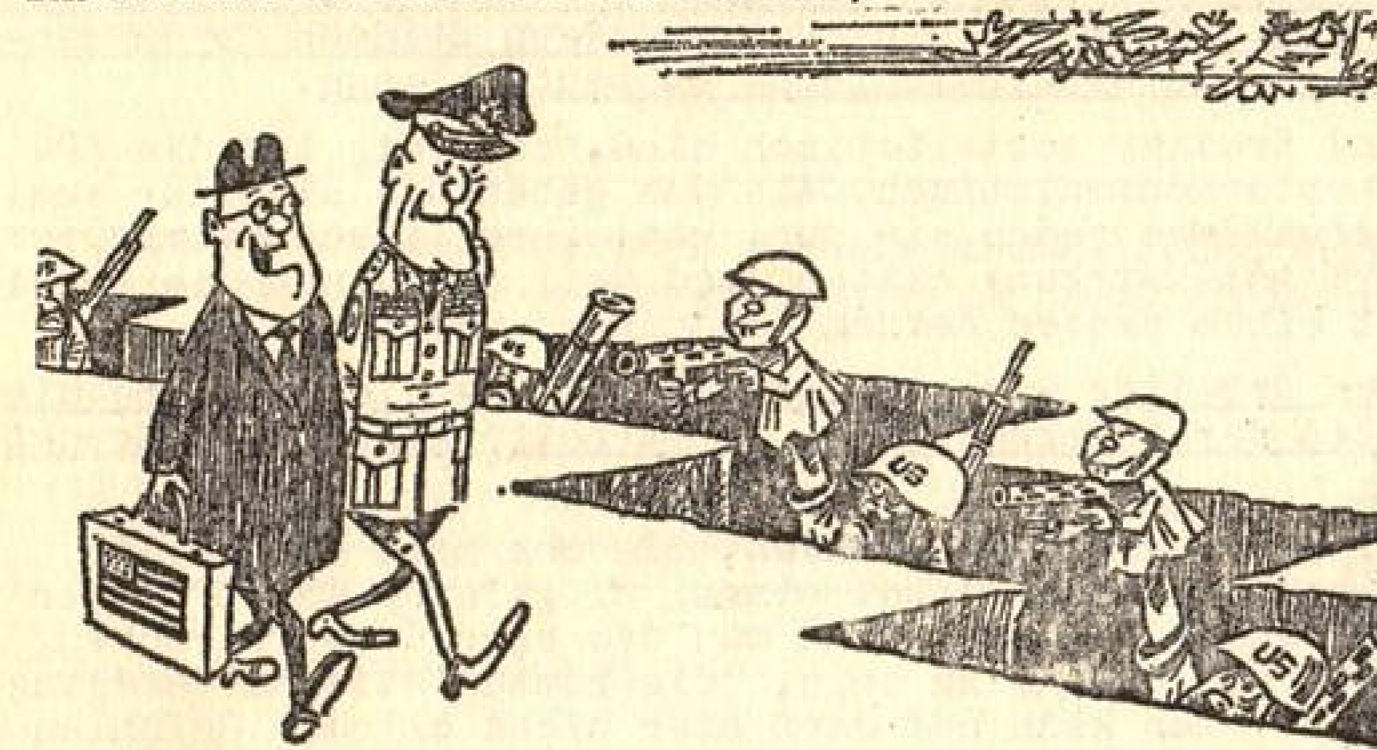
Tod den USA-Imperialisten — Das VOLK von Vietnam wird siegen

Genosse Mao Tsetung stellte fest: "Die Tage der US-Aggressoren in Vietnam sind gezählt. Doch alle reaktionären Kräfte, die am Rand ihres Untergangs stehen, führen unvermeidlich einen Verzweiflungskampf. Sie können nicht umhin, zu militärischen Abenteuern und zu politischem Betrug in allen ihren Formen Zuflucht zu nehmen, um sich vor dem Untergang zu retten."



„Wir können dem Präsidenten melden, daß die Vietnamisierung Fortschritte macht."

Nixons neuestes Manöver mit der "Vietnamisierung" des amerikanischen Aggressionskrieges wurde sogar von Harriman, der im Auftrag Johnsons vor zwei Jahren Schwindel-"Friedens"gespräche in Paris eingeleitet hatte, als eine "Form der Verlängerung des Krieges" bezeichnet. Und was schaut dabei für die Aggressoren heraus? US-Kriegsminister Laird und US-Generalstabschef Wheeler gaben nach ihrer kürzlichen "Inspektionsreise" durch Südvietnam zu, dass die Saigoner Marionettentruppen "bei der Übernahme der Kampflast von den Amerikanern noch Niederlagen erleiden".

Beweis dafür ist z.B. nur ein einziger Heeresbericht der Befreiungsstreitkräfte: Am Morgen des 20.Jänner wurde in der Provinz Rach Gia eine Brigade der Marionetten-Marineinfanterie von mehreren Stellen angegriffen, wobei 480 Mann des Feindes getötet oder verwundet wurden. Gleichzeitig fingen die Volksbefreiungstruppen heranrückende Verstärkungen ab und setzten weitere 220 Feindsoldaten ausser Gefecht. Tags darauf wurde in der Provinz Binh Long das 11.Panzerregiment der Amerikaner attackiert, die dabei mehr als 300 Mann sowie 61 Tanks und Panzerwagen verloren. An diesen beiden Tagen geriet ferner in der Provinz Phuoc Long das 8.Fallschirmjägerbataillon der Marionetten in einen Hinterhalt und verlor mehr als 200 Mann sowie 34 Militärfahrzeuge.

Am 9.Jahrestag der Gründung der südvietnamesischen Befreiungsarmee erklärte die Stellvertreterin ihres Oberbefehlshabers, Frau Nguyen Thi Dinh: "Alle drei Gattungen der Befreiungsstreitkräfte - die reguläre Armee, die Territorialeinheiten und die Partisanen - sind in den verflossenen neun Jahren sowohl zahlenmässig wie ihrem militärischen Können nach ständig stärker geworden."

Mit Recht sagte Genosse Lin Biao in seiner Grussbotschfft vom 14.Februar an den Verteidigungsminister der provisorischen Revolutionsregierung von Südvietnam: "Eure Siege haben die Grundlage gelegt für die völlige Niederlage der US-Aggressoren... Angesichts des kampfgestählten vietnamesischen Volkes sind alle Ränke der amerikanischen Imperialisten und ihrer Komplizen zum Scheitern verurteilt."

„Der Kommunist", Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML), Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien, Erscheinungsort Wien.



DER KOMMUNIST

März 1970
Nummer 37

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,—
Jahresabonnement S 30,—

Kreisky: NEUER KANZLER DES KAPITALS!

Jetzt hat er es also erreicht - der Kreisky. Er wird der neue Bundeskanzler. Jahrzehntelang hat er sich bemüht und abgerackert, er hat die Sozialistische Partei für die Bourgeoisie auf Hochglanz hergerichtet, damit nicht der kleinste Fleck sozialistischer Vergangenheit oder einer solchen Anwandlung zurückbleibe.

Mit dem steigenden Wohlwollen der Kapitalisten hat er auch - was nicht unwesentlich ist - die wohlwollende Neutralität der Kirche erhalten. Und am Ende des Wahlkampfes präsentierten Fernsehen, Radio, die sogenannte unabhängige Presse, einen Kreisky, dem man "einfach nicht ankonnte".
"Wenn nicht Klaus, dann Kreisky", mit dieser Feststellung der Großkapitalistenzeitung "Die Presse" am Vortag der Wahl, fand eine "Aufbaukampagne" größten Stils ihren Abschluß, deren Ziel ein Bundeskanzler Kreisky war. Sicherlich sind die Dinge nicht so einfach zu erkennen als diese Feststellung klingen mag. In den Gehirnen der Österreicher hat sich doch die Überzeugung festgesetzt, daß die SPÖ und die ÖVP entgegensetzte Interessen vertreten, dass man die Unzufriedenheit mit der Politik der einen Partei eben mit der Stimmenabgabe für die andere ausdrücken kann. Vor allem in der werktätigen Bevölkerung ist ja noch die Illusion vorhanden, die SPÖ wäre die Interessensvertretung der Arbeiterschaft, wenn man also gegen das Kapital eingestellt sei, müsse man diese Partei stärken.

Tatsächlich liegen die Dinge aber anders. Tatsächlich ist es doch so, daß heute die Politik sowohl der ÖVP als auch der SPÖ eine Politik im Interesse des Großkapitals ist. Es mag Unterschiede geben, wenn es gilt, Brosamen auch an kleinere Unternehmer oder Gewerbetreibende zu verteilen um sie auch in irgendeiner Form an

Inhaltsverzeichnis

großen Profitkuchen mitnaschen zu lassen, es gibt sicher Konkurrenzkampf und Neid zwischen den Bonzen und Managern in den einzelnen Parteien, weil die eben dann auf fette Pfründen rechnen dürfen, wenn die eigene Partei am Ruder ist; aber was das Riesengeschäft des Monopolkapitals betrifft, so ist das heute ungefährdet, egal ob die SPÖ oder die ÖVP oder beide zusammen regieren.

Zwei Dinge können es erleichtern, die Situation zu beurteilen. Erinnern wir uns an den letzten Parteitag der SPÖ. als Kreisky sein Programm sanktionieren ließ und die entscheidenden Parteifunktionen mit seinen Ergebenen besetzte. Da hat er die vollste Zustimmung aus den Unternehmerkreisen gefunden - was kein Wunder war, garantierte er damit doch der Bourgeoisie uneingeschränkte Macht und Profite. Der verräterische Weg der Führer der österreichischen Sozialdemokratie war auf neuen Höhen angelangt, auf denen nicht das Geringste mehr sozialistisch zu deuten ist.

Zu diesem Zeitpunkt hatte aber die österreichische Bevölkerung erkannt, daß auch die Alleinregierung einer Partei nicht "für alle" da ist, sondern nur für einige Superreiche. (Die Mehrheit für die ÖVP ist 1966 ja nur zustandegekommen, weil der Koalitionspolitik, für die die SPÖ damals eintrat, eine Absage erteilt werden sollte.) Die ÖVP war schwer angeschlagen, was sich in den außerordentlichen Verlusten bei verschiedenen Landtagswahlen ausdrückte. Es war naheliegend, daß die Bourgeoisie umdisponierte. Mit einer diskreditierten ÖVP konnte man unmöglich mehr als Wahlsieger rechnen. Zu diesem Zeitpunkt bereits war Kreisky als der neue Kanzler akzeptiert und das Großkapital bemühte sich emsig, bei allen Bürgerlichen - bis zum kleinsten Gewerbetreibenden hinab - Kreisky als "brauchbaren" Mann zu propagieren.

Betrug als Mittel für die Herrschaft über das Volk ist sehr beliebt. Ein "Wahlkampf", so als ob es etwas zu wählen, zu entscheiden gäbe, mußte natürlich inszeniert werden. Und der begann Mitte 1969, als Kreisky und Withalm mit ihren "Streitgesprächen" in einigen Großbetrieben auftraten. Da wurde das Fußvolk wieder mobilisiert, da hieß es für die Wähler auf beiden Seiten, die Unzufriedenheit mit der eigenen Führung zurückzustellen, um dem "Gegner" keine Chance zu lassen. Die Aufführung dieses Wahltheaters mußte umso mehr in Angriff genommen werden, als sich zuletzt die Zahl der Wahlboykottierer enorm erhöht hatte und darüber die Bourgeoisie in Angst und Schrecken war.

Nun, sie haben das Wahltheater über die Bühne gebracht. Die bisher höchste Zahl der Wahlenthaltungen bei Nationalratswahlen hat jedoch gezeigt, daß ihre Betrugsmanöver immer mehr durchschaut werden. Vor allem sind die Wahlboykottierer im bewußtesten Teil der Arbeiterschaft zu finden. Was jedoch die überwiegende Zahl derer anbelangt, die glau-

> Kreisky hat etwas sehr schnell "klargestellt": Bei den Maßnahmen, die er mit seinem "Team" jetzt in Angriff nehmen will, muß vermieden werden, daß es für die Massen "ein Gefühl gibt, sie derpackens nicht."
>
> Kreisky verwies mit diesem Ausspruch auf die Tätigkeit der englischen "Arbeiter"partei, deren Politik zwar die englische Wirtschaft "saniert", den Arbeitern aber ungeheure Belastungen gebracht hat. Wodurch es die Labour-Regierung schwer hatte, dies vom Volk "anerkannt zu bekommen". Als Schlaumeier weiß sich Kreisky schnell umzustellen. Er wird seine Sanierungspolitik (für die "Wirtschaft"-sprich das Monopolkapital) nicht als "Sparprogramm" bezeichnen, sondern als "Kampf gegen die Armut".
>
> Wenn auch Kreisky auf einmal die Armut in Österreich entdeckt hat, unsere Millionäre schlafen trotzdem ruhig. Sie wissen der neue Kanzler ist ihr Mann. Defizite sollen auch unter Kreisky vom Volk getragen werden.

ben, mit Kreisky als Bundeskanzler käme jetzt eine Periode des Machteinflusses der arbeitenden Menschen, werden sich diese sehr bald von ihren Illusionen trennen müssen. Die herrschende Klasse ist heute auf das System zweier ihrer Parteien eingeschworen, die abwechselnd die Regierung bilden sollen - zu ihrem Gunsten.
Offen wird schon gesagt, daß es am besten sei, ein Wahlsystem wie in England oder Amerika einzuführen. Da kann der regierenden Partei die Schuld an der Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes gegeben werden, während die andere als die "bessere" offeriert wird. Und das Betrugsringelspiel kann wieder lustig weitergehen.

> Das sozialistische System wird letzten Endes an die Stelle des kapitalistischen Systems treten; das ist ein vom Willen der Menschen unabhängiges objektives Gesetz. Welche Versuche auch immer die Reaktionäre unternehmen mögen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, es wird dennoch früher oder später die Revolution ausbrechen, die dann unvermeidlich den Sieg davontragen wird.
>
> Mao Tsetung

Die Medaille hat aber auch eine Kehrseite. Auf die Dauer kann man das Volk nicht betrügen. Das Kapital hat genau gewußt, warum es in schärfster Form gegen unseren Aufruf zum aktiven Wahlboykott aufgetreten ist. Und es mußte vom bisher gehandhabten Prinzip "nicht genannt sollen sie werden" abgehen und unsere Vereinigung Revolutionärer Arbeiter als die Organisation nennen, die den Wahlboykott organisierte. Daß sie das in altbewährter Hetzmanier tat, kann uns nicht erschüttern. Es unterstreicht nur die Bedeutung unseres Auftretens.
Mit jedem Tag gehen Kapitalismus und Imperialismus ihrem Untergang näher. Unter dem "Sozialdemokraten" Kreisky wird sich der Klassenkampf weiter verschärfen, werden aber auch die Fronten viel klarer werden. Unsere Aufgabe als Marxisten-Leninisten ist es, im Dienste des Volkes, den Kampf auf der richtigen Linie beharrlich, zäh und verstärkter fortzusetzen.

AN ALLE

Unseren Lesern wird sicher schon aufgefallen sein, daß unsere Zeitung langsam ein anderes Gesicht bekommt. Es stimmt, wir haben wieder einen Schritt vorwärts getan. Das Gerät, das wir uns angeschafft haben, wird neben der technischen Gestaltung auch das optische Bild der Zeitung verbessern. Darüberhinaus werden wir nun mehr Genossen zum Artikelschreiben heranziehen können, was wieder die Garantie für regelmäßiges Erscheinen gibt.
Daß wir diese Maßnahme ergreifen konnten hat seine Begründung darin, daß unsere Aktivisten und Leser in finanzieller Hinsicht stets unsere Stütze waren. Nichtsdestoweniger müssen wir aber jetzt verstärktes Augenmerk auf unsere finanzielle Gebarung legen. Wir fordern alle unsere Aktivisten, Freunde und Leser auf, uns dabei zu helfen. Spenden, regelmäßiges Bezahlen der Abos, Neuwerbung von Lesern sind Möglichkeiten, wie wir in dieser Hinsicht unterstützt werden können.

Als Marxisten-Leninisten und Verfechter der Ideen Mao Tsetungs haben wir selbstverständlich alles in unserer Kraft Stehende getan, um das Wahltheater als den Schwindel zu entlarven, das es ist. Wenn die Wahlbeteiligung die niedrigste seit Bestehen der Zweiten Republik ist, wenn Zehntausende Stimmberechtigte die Wahlen boykottiert haben - eben in dieser Einsicht, wenn nicht unmittelbar auf Grund unserer Argumentation -, so zeigt dies, dass unsere Einschätzung dem Gefühl der bewusstesten Kreise des österreichischen Volkes entsprochen hat. Mehr noch: In Wien, dem Bundesland, wo unsere junge Organisation (sie besteht erst seit kaum anderthalb Jahren, und die marxistisch-leninistische Bewegung, die nach dem endgültigen Verrat der "K"PÖ-Führer 1963 begonnen hat, wurde fünf Jahre lang durch die Sabotage eines korrupten Individuums in ihrer Entwicklung gehemmt und aufgehalten!) dank der aufopfernden Aktivität ihrer Mitglieder und Anhänger durch intensive Agitation am sichtbarsten in Erscheinung getreten ist, war der aktive Wahlboykott noch viel deutlicher als im Bundesdurchschnitt.

Jeder, der dabei war, kann bezeugen, dass unsere Flugblätter und Plakate, unsere Diskussionen im Betrieb und von Mann zu Mann weitgehend Anklang fanden.

Rund um den Rummel

Die Wahl ist zu Ende. Die Qual geht weiter. Auf den Wahlrummel folgt der Rummel um die Regierungsbildung, das Rangeln um Parteienkoalitionen und Ministerkombinationen, das Packeln um Posten und Pfründen.

Dass es so kommen würde und nicht anders kommen könnte, wussten die meisten "Stimmbürger".

Eine grosse Zahl von ihnen hat im Einklang mit unserer Parole (wenn auch nur zum Teil in ihrer direkten Befolgung) Wahlboykott geübt. Und dies trotz der vehementen Propaganda sowohl der "wahlwerbenden Parteien" wie der "überparteilichen Interessenvertretungen der Sozialpartner" gegen die Wahlenthaltung. Diese wurde (vom Standpunkt der herrschenden Klasse mit Recht) als das grösste Übel betrachtet. Das Hauptorgan der Grossbourgeoisie, "Die Presse", hat mehrmals gegen die "Linksextremisten" und "Radikalinskis" gewettert, die den Schwindel des Wahltheaters entlarvten und anprangerten. Sie hat dabei die VRA genannt, als die einzige politische Kraft, die mit der Parole des aktiven Wahlboykotts vor die Öffemtlichkeit getreten ist. Was wir gerne akzeptieren. Denn: "Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht" (Mao Tsetung).

Die grosse Mehrheit (die "schweigende Majorität", wie Nixon sie in den USA nennt) hatte freilich noch nicht den Mut, durch den Protestboykott ihre Stimme zu erheben, und hielt den Mund, indem sie ihre Stimme abgab. Doch auch die meisten unter ihnen wussten sehr wohl, was da kommen würde: eben die weitere ungehemmte Herrschaft der Machthaber, die die Wahlen gemacht haben, und die weitere Ohnmacht des Volkes, solange sich jene auf dessen "Votum" berufen können.

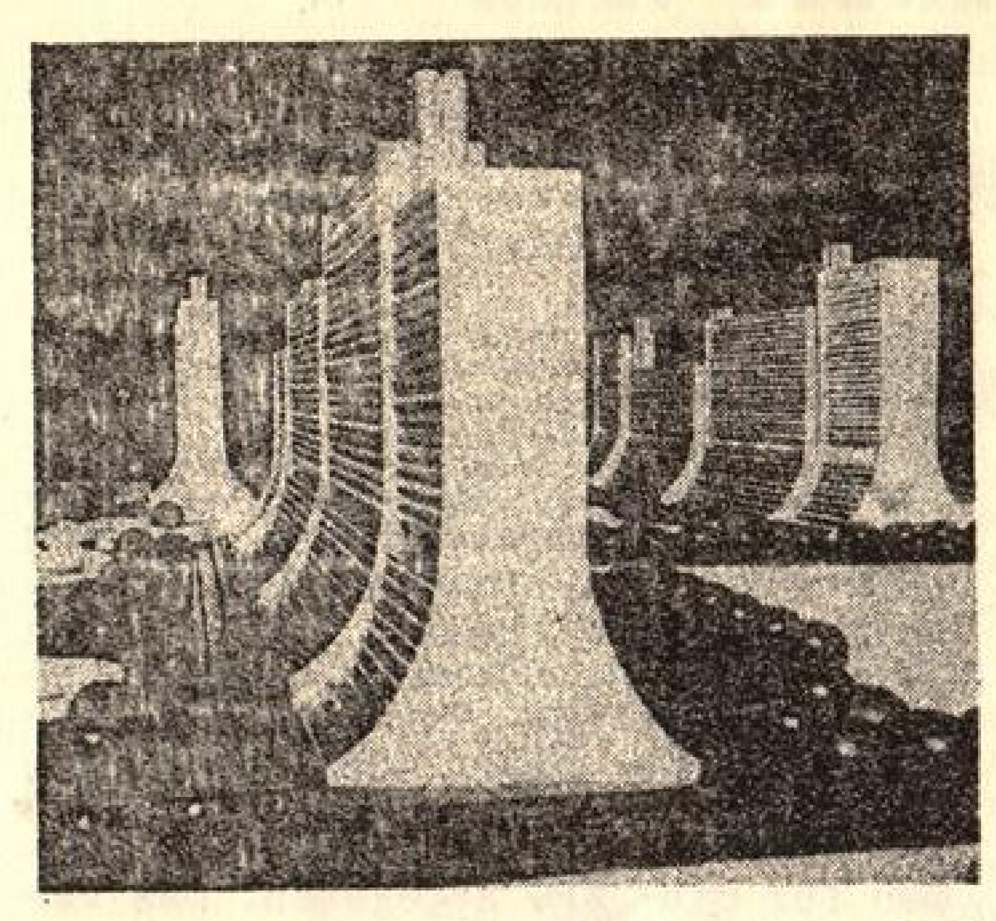
Und geht nun auch das Ringelspiel weiter, so haben die Volksmassen ihre historische Rolle noch zu spielen. Das Parlament ist gewählt, aber das Problem ist nicht gelöst. Es heisst - mehr denn je - Krise der bürgerlichen Demokratie. "Die Demokratie als Ganzes ist es, hinsichtlich deren sich das Unbehagen breitmacht", warnte "Presse"-Chef Schulmeister vor zehn Monaten im Hinblick auf diese Wahlen im besonderen und auf das Elend des Establishments im allgemeinen. "Was in Österreich erst dumpfes Unbehagen ist, ist anderswo bereits 'Ausserparlamentarische Opposition'", erkennt er und stellt angsterfüllt fest: "Auch wenn Österreich heute noch im toten Winkel solcher Ereignisse liegt,... tatsächlich geht es aber um die Zukunft einer freiheitlichen Gesellschaft" (wie die Kapitalisten ihre Ausbeuterordnung nennen).

Dass die "Presse" in diesem Leitartikel - wie in zahllosen anderen Stellungnahmen der letzten Zeit - eine solche "säkuläre Herausforderung" mit einer unverhüllten Gewaltherrschaft der Bourgeoisie zu beantworten droht, kann nicht wundernehmen. Denn der faschistische Terror ist die Alternative, die die herrschende Klasse stets parat hat, wenn es mit dem "demokratischen" Betrug nicht mehr geht. Gewalt und Betrug sind die beiden einander ergänzenden und bedingenden konterrevolutionären Methoden, mit denen seit eh und je eine untergehende Klasse die aufkommende soziale Revolution zu bannen versucht.

Vorläufig steht noch der Betrug im Vordergrund. Deshalb der allgemeine Schrei nach "Demokratisierung der Demokratie". Diesen Schrei haben im Laufe des glücklich ausgestandenen "Wahlkampfes" die beiden Spitzenreiter des Turniers konform und kongenial artikuliert. Am 3. Oktober verkündete Kreisky seine "Idee der permanenten Demokratisierung der Gesellschaft". Und am 15. Jänner hat Withalm dieses Stichwort aufgegriffen und eine "permanente Reform der demokratischen Einrichtungen" angekündigt. Mit diesen aufeinander abgestimmten Losungen geben die Führer der beiden Grossparteien der Bourgeoisie einerseits zu, dass die einfachen Menschen Recht haben, wenn sie den demokratischen Charakter unserer "Demokratie" anzweifeln, kündigen jedoch andererseits immer neue Betrugsmanöver einer "Verbesserung" dieser Scheindemokratie an.

Nun sage jemand, dass die Losung der "K"PÖ "Erweiterung der Demokratie" diesen Schwindelparolen der "Grossparteien" nicht gleiche wie ein Ei dem anderen...

Kreiskys potemkinsche Dörfer



Am 12. Februar 1934 wurden die stolzen Gemeindebauten des "Roten Wien" von den Kanonen der faschistischen Kapitalsdiktatur zerschossen. Und damit stürzte das Kartenhaus des austromarxistischen "friedlichen Wegs zum Sozialismus" elendiglich zusammen.

Just am Jahrestag dieses historischen Bankrotts, am 12. Februar 1970, trumpfte die "AZ" mit diesem "Wohnpark"-Projekt "von atemberaubender Kühnheit" auf, damit sich Österreichs Werktätige dem holden Wahn hingeben, wenn sie abermals die SPÖ wählen, dereinst in Wolkenkuckucksheimen wohnen zu dürfen.

Begeben wir uns jedoch von den Luftschlössern der Stimmenfang-Demagogie auf den festen Boden harter Tatsachen:

> "Ein Viertel der Wiener Wohnungen entspricht nicht einmal den primitivsten Anforderungen... 250.000 Wiener Familien müssen noch immer in menschenunwürdigen Notunterkünften hausen." ("AZ", 27.8.1969)
>
> Die "Wohnungsausgaben eines städtischen Haushalts durchschnittlicher Grösse und durchschnittlichen Einkommens" in Österreich "lagen im Juni 1969 um 21,4 Prozent über den durchschnittlichen Ausgaben des Jahres 1966." ("AZ", 27.8.1969)
>
> Nicht einmal der Erhalter einer vierköpfigen Familie der im Jahr netto 133.000 Schilling bezieht, kann sich heutzutage die nach "modernen" Prinzipien festgelegten Anschaffungskosten und Mietzinse der SP-Stadtverwaltung Wiens leisten. Deshalb stehen an die 1.000 neugebaute Gemeindewohnungen leer. Und deshalb beschloss die SP-Gemeinderatsfraktion auf Antrag von Stadtrat Suttner im Oktober 1969 eine "Anhebung des Einkommenplafonds", das heisst, die Anbietung der aus öffentlichen Mitteln erstellten Gemeindewohnungen an gutsituierte Bürgerschichten.

Kein Wunder, dass das berüchtigte "Wohnungsprogramm" der SPÖ, das vorsorglich erst einige Monate nach den Wiener Gemeinderatswahlen publiziert wurde und einen wesentlichen Bestandteil der Wahlplattform Kreiskys bilden sollte, schwerste innerparteiliche Konflikte hervorrief. Denn Tausende Arbeiter, die sich bis dahin dessen nicht bewusst waren, erkannten, dass die SP längst aufgehört hat, eine Arbeiterpartei zu sein.

Ja, Kreisky selbst betonte bei der Eröffnung seiner "Wahlkampagne" am 10. Jänner, dass die SP "über Arbeiter und Angestellte hinaus" gegangen sei und sich "unter der liberalen Akademikerschaft eines besonders interessierten Anhangs" erfreue. Mehr noch, er fügte hinzu: "Unter den aufgeschlossensten Führungskräften der Wirtschaft (so heissen bekanntlich in Österreich die Grosskapitalisten!) findet die SPÖ einen erfreulichen und wachsenden Widerhall."

Und so ist es denn auch kein Wunder, dass die grosskapitalistische "Presse" triumphiert. Man müsse es, so schreibt sie z.B. am 29.10.1969, der SP "hoch anrechnen", dass sie den "Ballast" der seinerzeitigen Idee vom "sozialen Wohnbau" endlich "abgeworfen" und mit ihrem Vorschlag einer "Neubewertung" der Altwohnungen, einer regelmässigen Steigerung der Mietzinse, eines Verzichts auf den Reparaturausgleichfond usw. sich mit der "De-facto-Aufhebung des Mieterschutzes" einverstanden erklärt hat...

KPÖ UND DIE WAHL

Ein Vergleich der Stimmenzahl ist nur - bzgl. Nationalratswahlen - mit 1962 möglich, da 1966 die "K"P-Wähler aufgefordert waren, für die SP zu stimmen. Nun, in den acht Jahren haben die Revisionisten wegen ihres Verrats an den Idealen des Kommunismus, an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zwei Drittel ihrer 135.000 Stimmen von 1962 eingebüsst. Grössenordnungsmässig ist sie praktisch auf das Einflussniveau zurückgefallen, das sie vor vier Jahrzehnten, in den Jahren der ersten Republik, gehalten hatte. Sie hat als eine österreichische Arbeiterpartei ein für allemal ausgespielt.

Ehe wir noch heute, kurz nach den Wahlen, die praktische Möglichkeit haben, eine eingehende Analyse durchzuführen, können wir insbesondere zwei ausserordentlich wichtige Momente bereits einwandfrei feststellen:

1. Der Zusammenbruch und die faktische Auflösung der "K"PÖ ist nicht etwa, wie dies die Apparatschiks jetzt hinzustellen versuchen, die Folge des Auftretens der konsequenten Marxisten-Leninisten und der Spaltung der Revisionisten in zwei einander befehdende Fraktionen, sondern umgekehrt: diese beiden Erscheinungen sind die unvermeidliche Folge der revisionistischen Entartung der Fürnberg und Konsorten. Die ehrlichen, d.h. wirklich revolutionär gesinnten Kommunisten haben im Einklang mit der Parole der VRA oder direkt unter dem Einfluss unserer Aufklärungsarbeit die Schwindelwahlen boykottiert, indem sie Wahlenthaltung übten bzw. dort, wo dies nicht anders möglich war oder schien, ungültig wählten. Jene ehemaligen KP-Wähler und KP-Mitglieder aber, die der Versozialdemokratisierung der KP verfallen sind, haben daraus die logische Konsequenz gezogen: sie haben SP gewählt, wie dies schon bis zum 18. Parteitag der KPÖ (1961) Paul Frischauer gefordert hatte und wie dies später die mehr der österreichischen Bourgeoisie und ihrer SP-Agentur als den russischen Sozialimperialisten hörige Fraktion Fischer Marek anstrebte.

2. Die scheinheilige Demagogie der Fürnberg und Konsorten, angeblich mit den "Revisionisten" (worunter sie nur die Fischer-Marek-Fraktion verstehen wollen) gebrochen und eine "Links"entwicklung, zurück zu den einstigen revolutionären Prinzipien, angetreten zu haben, hat restlos Schiffbruch erlitten. Besonders bezeichnend dafür ist das Kärntner Wahlergebnis: Eine Woche vor den Nationalratswahlen wurden bei den Kärntner Landtagswahlen 6.571 Stimmen für die KPÖ abgegeben. Das war nur um 15% weniger als bei den vorhergegangenen Wahlen in diesem Bundesland. Daraus folgerten die Leute vom Höchstädtplatz (und ihre Vertreter in Klagenfurt), dass die Revisionisten angeblich - auf Grund der neuen, "linken" Linie - "aufgeholt" hätten. Und nun, eine Woche später, erhielt die KPÖ bei einer für Parlamentswahlen typischen viel höheren Wahlbeteiligung nur 3.632 Stimmen. Das zeigt: Die Rückkehr einer grossen Anzahl, ja der Mehrheit, der früheren KP-Wähler zu den Revisionisten am 22. Februar war gerade die Folge des parlamentarischen Kretinismus der KPÖ und musste sich daher bei den Nationalratswahlen entlarven. Denn in Kärnten bestand die theoretische Möglichkeit, das Landtagsmandat, das zudem noch eine Art "Zünglein an der Waage" darstellte, zu behaupten. Bei der Nationalratswahl spielten aber "parlamentarische" Erwägungen gar keine Rolle mehr. Gerade deshalb zeigte der 1. März das wahre Bild - nämlich das gleiche wie im gesamten Bundesgebiet!

Sich auf den Parlamentarismus zu orientieren, heisst aber, den revolutionären Weg verlassen. Eine zweite SPÖ braucht aber die österreichische Arbeiterschaft nicht.

Der Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder sind Papiertiger, und so sind auch die Revisionisten. Mao Tsetung

Wahl-VERWANDTSCHAFTEN

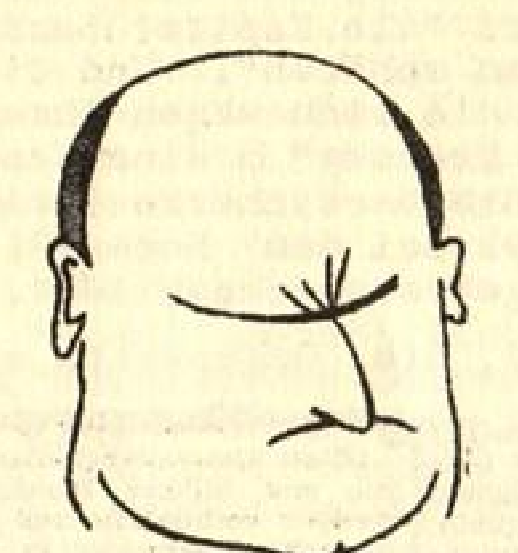
oder

DIE LIEBE IN DER POLITIK

1. Kapitel:

VÄTER UND KINDER

"I like Ike" lautete vor mehreren Jahren in den USA die Hauptparole jener, die für die Wiederwahl Eisenhowers warben. "Ich hab' ihn gern" ist eben im Wettbewerb um Wählergunst nach amerikanischer Manier der modernste Slogan.



ein echter...

Bei dem "Kopf-an-Kopf-Rennen" kommt es anscheinend auf die Köpfe an - ob sie nun auf Plakatwänden prangen, oder ob sie publizistisch propagiert werden.

Der Klaus-Kopf sei ein vorteilhaft retuschiertes Jugendbildnis, so glaubte Kreisky rügen zu müssen. Seine eigene Physiognomie sei doch zur Genüge bekannt, meinte er. Dabei dachte er wohl an die luxuriös ausgestattete - von der SP herausgegebene - Stimmfängerschrift "Österreichischer Spiegel", die nicht weniger ein- und aufdringlich für "den Mann, den Sie am 1. März wählen sollen", Reklame machte.

Denn: was dem einen recht, ist dem anderen billig. Doch den Steuerzahlern sind teuer die Wahlen. Viel teurer als die K. und K., die sie zu küren hatten. Diese schienen gleichsam ihnen aus einem Mund zu singen: "Was kann der Sigismund dafür, daß er so schön ist?"

ÖSTERREICH-spiegel

Jänner 1970

Manche Kinder sagen: „Es müßte schön sein, einen prominenten Vater zu haben." ~~Dr. Kreisky~~

~~Raum~~ Das geräumige Wohnzimmer mit Fotos von John F. Kennedy und Dwight D. Eisenhower. Ein Foto von Harry Truman, der Kreisky auf dem Klavier vorspielt. ~~Ein Foto von~~

Aber das war nicht "eine politische Schönheitskonkurrenz", wie der "Kurier" dies am Vorabend der Wahlen bezeichnete. Es ging vielmehr darum, einen primitiven patriarchalischen Autoritätsglauben zu mobilisieren, durch ein imponierendes Vater-Image infantile Instinkte zu wecken, um so die Liebe der "Landeskinder" zu erobern. So einfach fängt man Einfältige!

2. Kapitel:

ÜNTER BRÜDERN

Komplizierter verhält es sich mit verwandtschaftlichen Beziehungen anderer Art. Wie gern einander die CV-Bundesbrüder Klaus und Withalm haben, weiß man seit der Affäre mit der Hofübergabe, vor zwei Jahren angekündigt, dann bis zum Wahltag vertagt und jetzt im Vollzug. Was aber die Gegenseite betrifft, so hat man bekanntlich die Namensvettern öffentlich gefragt: "Liebt der Bruno den Bruno?" Und jeder der beiden hat

unmißverständlich geantwortet: "Ich hasse keinen!" So spielt sich denn heutzutage der notorische Bruderzwist im Hause Österreich innerhalb jeder der beiden "Reichshälften" ab. Wogegen zwischen diesen heimlich-zarte Beziehungen brüderlicher Liebe bestehen.

"Mustang-Fahrer Withalm und Rover-Fahrer Kreisky verstehen sich gut, treffen sich auf der gleichen Wellenlänge", schrieb Kempski, einer der führenden bürgerlichen Journalisten Westdeutschlands, in einem "Bericht aus Österreich". Withalm hat lange Zeit hindurch seine künftige Partnerschaft mit Kreisky sorglich vorbereitet. Er schwelgte in Erinnerungen an beider einstige einträchtige Zusammenarbeit - etwa in der Frage des deutschen Eigentums. Und Kreisky tat desgleichen. Er hob stets die "demokratische Gesinnung" des "eisernen Hermann" hervor und sagte ausdrücklich in seinem Interview im westdeutschen "Spiegel": "Ich kenne seine Qualitäten." Dementsprechend hat die "AZ" Withalm als besonders "gewitzt" und "geschickt" qualifiziert und erklärt, daß sich die "wohlklingenden Sentenzen" des ÖVP-Generalsekretärs "wie Kapitelüberschriften aus dem sozialistischen Alternativprogramm anhören". Und die vom ÖVP-Wirtschaftsbund mitfinanzierte "Presse", die sich wegen ihrer seit Jahr und Tag offen bekundeten "Sympathie für Kreisky" in einem speziellen Leitartikel rechtfertigen zu müssen glaubte, versicherte ihrerseits immer wieder, das Wirtschaftsprogramm Kreiskys sei dem Koren-Plan und ähnlichen Vorstellungen der Großbpurgeolsie getreu nachgebildet.

Wie "Schwarz" und "Rot" liebevoll bemüht sind, die Gegenseite als der eigenen Position angenähert hinzustellen, zeigen die im Faksimile wiedergegebenen Stellen aus einem "Kurier"-Interview des SP-Zentralsekretärs Gratz und einem Artikel des Wiener Korrespondenten der Londoner "Financial Times" Lendvai, der in der "AZ" zustimmend zitiert wurde.

KURIER: Kehren wir zu Ihrer Liebe zurück: [illegible]

Gratz: [illegible] Ich glaube, daß ein Mitglied der Christlichsozialen Partei, wenn es im Jahre 1920 das Sozialprogramm der ÖVP oder auch nur den Koren-Plan vertreten hätte, wegen bolschewistisch-kommunistischer Gedankengänge aus dieser Partei entfernt worden wäre.

„Statt klassenkämpferischer Parolen und billiger Demagogie hat Kreisky vernünftige und gemäßigte Alternativprogramme in der Wirtschaft und Sozialpolitik unter der Mitwirkung von 1400 Experten vorgelegt. Seine Integrität und gemäßigte Haltung wird auch vom politischen Gegner nicht bezweifelt", schreibt der angesehene Journalist Paul Lendvai in der Züricher Tageszeitung „Die Tat".

So spiegelt denn der Bruderzwist innerhalb der beiden "Großparteien" den Klassenwiderspruch zwischen Führern und Irregeführten wider, während die brüderlichen Gefühle zwischen den Spitzen der ÖVP und SPÖ, die auf dem gemeinsamen Markt der Meinungsmanipulation notwendigerweise als Konkurrenzfirmen auftreten, dasselbe Klasseninteresse des Monopolkapitals zum Ausdruck bringen, das beide vertreten.

3. Kapitel:

LIEBE UND EHE

"Für die Lieb' ist keine Verkleidung zu schlecht, wenn sie nur zweckmäßig ist", sagte Nestroy. Das gilt auch für das konzessionierte Kleid der Liebe - die Ehe. Höchst modern ist, wie man weiß, die "Gruppenehe" mit Partnertausch. Ob kleine oder große Koalition, ob Allparteienkonzentration oder gar Minderheitsregierung mit stillschweigender parlamentarischer Unterstützung - es kommt lediglich darauf an, ob der Zweck erfüllt wird: maximale Sicherung der Kapitalsherrschaft durch wirksamsten Volksbetrug.

Eine Alleinregierung (ob von Klaus oder Kreisky geführt, ist einerlei, betonte mehrmals "Die Presse") wäre dem Kapital am liebsten. Die ÖVP-Alleinregierung habe am reibungslosesten funktioniert, und der soziale Frieden sei in den letzten vier Jahren gesicherter gewesen als je zuvor, trompetete immer wieder die ÖVP. Das sei aber, erwiderte die SPÖ, das Verdienst ihrer "konstruktiven Opposition" im Parlament sowie der "verantwortungsvollen Politik" der SP-Gewerkschafter, die, wie Kreisky im "Spiegel"-Interview feststellte, Streiks als politische Kampfmittel

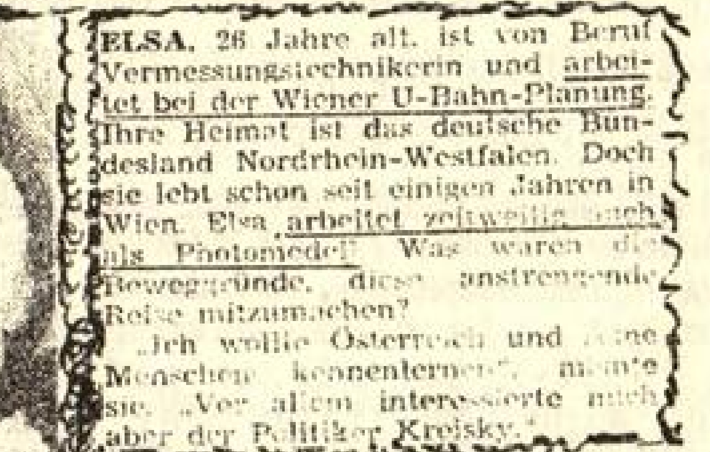
verhinderten. Kurzum: in "freier Liebe" lebt es sich dem Kapital fröhlicher als in legitimer Koalitionsehe. Denn nach Nestroy ist ja die Ehe "eine etwas langweilige Schwester" der "reizenden Zauberin Liebe".

Was soll man aber tun, wenn das (nach übereinstimmender Meinung beider "Großparteien" reformbedürftige) Wahlgesetz eine absolute Mandatsmehrheit mit angelsächsischer Schaukelpolitik zwischen Einparteienregierung und "Opposition seiner Majestät (des Kapitals)" zum Glücksfall "einmal in 50 Jahren" ("Die Presse") macht? Man steigt eben - nach üblichem Gefeilsche und Getue - ins koalierte Ehebett, versehen mit dem Segen der Industriellenvereinigung.

4. Kapitel:

SEX

"Sex and crime" - das macht sich auch beim politischen Verbrecher des Volksbetrugs bezahlt, glauben die Herren. Hot Jazz und Hostessen à la Chikago waren bei den Wählerversammlungen der ÖVP beziehungsweise der SPÖ die neueste Masche. Eine "charmante Vorhut der Politik" nannte die "AZ" Kreiskys fünf Hostessen, die auf der Wahltournee durch Österreich für "Publikumswirkung" sorgten. Mögen es uns die vier anderen Schönen nicht verübeln, wenn wir aus dem "Rudel appetitlicher Mädchen" ("Süddeutsche Zeitung") hier nur eine Kollegin von ihnen vorstellen. Und diese kann persönlich nichts dafür, wenn sich unwillkürlich eine Assoziation mit der "Oben-ohne"-U-Bahn-Reklame des Wiener Rathauses aufdrängt. Mit dem Absinken auf das niedrigste Niveau dekadenter Bourgeois-Politikaster spekulierten die SP-Führer auf eine nicht vorhandene Naivität der werktätigen Österreicher. Die Zukunft wird bald zeigen, wie sehr sie sich verspekuliert haben!


ELSA, 26 Jahre alt, ist von Beruf Vermessungstechnikerin und arbeitet bei der Wiener U-Bahn-Planung. Ihre Heimat ist das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen. Doch sie lebt schon seit einigen Jahren in Wien. Elsa arbeitet zeitweilig auch als Photomodell. Was waren die Beweggründe, diese anstrengende Reise mitzumachen?

„Ich wollte Österreich und seine Menschen kennenlernen", meinte sie. „Vor allem interessierte mich aber der Politiker Kreisky."

Kleine Wahlanalyse

Von den fünf Millionen Wahlberechtigten stimmten mindestens 80 Prozent ohne nachzudenken gemäss der Familientradition oder nach dem Willen der "Schlepper". Höchstens eine Million von ihnen machten sich ernsthaft Gedanken darüber, ob sie bei ihrer Partei bleiben, eine andere wählen oder Stimmenthaltung üben sollten. Und von diesen ist nur bei etwa 400.000 aus den Wahlresultaten ersichtlich, dass sie eine von ihrer Haltung im Jahre 1966 abweichende Entscheidung getroffen beziehungsweise erstmals gewählt haben.

Die Zahl der Wahlberechtigten war um rund 156.000 höher, aber die der Abstimmenden stieg gegenüber 1966 nur um 93.000. Das bedeutet, dass sich 63.000 Wahlberechtigte mehr als bei den vorhergegangenen Wahlen der Stimme enthalten haben. Die Wahlbeteiligung war die niedrigste in der Geschichte der zweiten Republik.

Die ÖVP verlor netto 113.000 Stimmen, die Olah-Partei 131.000. Auf Kosten dieser beiden Parteien sowie der Neuwähler gewann die SPÖ 306.000 Stimmen, wobei natürlich auch die ÖVP Neuwählerstimmen erhielt, für die sie - unsichtbar - eine gleiche Zahl zusätzlich an die SPÖ abgab. Die FPÖ blieb per Saldo (unter Einrechnung der höheren Gesamtzahl an abgegeben Stimmen) gleich.

Die Wahlenthaltungen gingen fast zur Gänze auf das Konto der KPÖ (deren scheinbarer "Stimmenzuwachs" nur die Rückkehr eines Teils der auf Befehl

der Revisionisten 1966 für die SP abgegeben Stimmen bedeutete) und der SPÖ (deren Wahlboykottierer durch den Stimmengewinn versteckt sind).

Abgesehen vom Anstieg der Wahlenthaltungen von 303.000 im Jahre 1966 auf 366.000 sind die Verluste der ÖVP und die Gewinne der SPÖ das wichtigste Resultat, das aus den 400.000 Stimmenänderungen ersichtlich ist. Wie ist das zu erklären?

Diese Wählerbewegung war nichts anderes als eine den österreichischen Verhältnissen und der politischen Reife der Wähler entsprechende Verurteilung des bestehenden Regierungssystems - ebenso wie der Wählerentscheid 1966.

Damals fällten die Wähler ihr Urteil über die langjährige Praxis der Koalitionsregierungen. Die ÖVP hatte eine "klare Mehrheit" verlangt, um, wie sie sagte, mit dieser Praxis aufzuräumen. Und sie erhielt sie dank gewichtigen Verlusten der FPÖ, der Liquidierung einer bürgerlichen Splitterpartei, die 1962 22.000 Stimmen bekommen hatte, und eines Grossteils der damaligen Neuwähler. Die SPÖ hingegen war eben wegen ihres starren Festhaltens an der abgewirtschafteten Koalition in die schwerste Krise ihrer Geschichte geraten, und Olah, der von der Unruhe in der SP-Anhängerschaft profitieren wollte, erhielt auf Anhieb rund 150.000 SP-Stimmen. Nur dank der Schützenhilfe der Fürnberg-Partei vermochte die SP ihr Debakel auf einen Nettoverlust von 32.000 Stimmen zu reduzieren.

Und jetzt war es wieder eine Verurteilung der Regierungspraxis. Die rund 300.000 Stimmen, die die SP bekam, wurden nicht für Kreisky und seine "Programme" abgegeben, sondern gegen das bestehende System in Österreich. Withalm hat, wie eine Zeitung berichtete, auf einer Wahlreise einen Arbeiter der VÖEST-Hütte Liezen gefragt: "Was ist am besten, eine ÖVP-Alleinregierung, eine Koalition oder eine SP-Alleinregierung?" Der Arbeiter erwiderte: "Das letzte." "Glauben Sie, dass die Sozialisten das Regieren besser können als wir?", fragte Withalm weiter. "Des wass i net. Oba sie solln's a amol probieren können", lautete die Antwort.

Die Hetzplakate der ÖVP, wo eine Arbeiterfaust die rot-weiss-rote Fahne zusammenballt, dass nur das Rot übrigbleibt, oder wo vor der drohenden "Gefahr" eines sozialistischen Österreichs gewarnt wird, konnten die Arbeiter höchstens für die Stimmenabgabe zu Gunsten der SPÖ agitieren. Und Zehntausende Bauern und Kleingewerbetreibende wählten diesmal SP, weil sie gegen den wachsenden Druck des Monopolkapitals aufbegehrten und sich noch nicht darüber klargeworden sind, dass auch die SP-Führung nur die Interessen der Grossindustrie fördert und womöglich noch schärfer als die ÖVP (die schliesslich Rücksicht auf ihre "Bünde" nehmen muss) gegen die "Greissler" und gegen die "Giesskannenpolitik" vom Leder zieht.

Es ist eben so, wie Genosse Mao Tsetung lehrt, dass die Volksmassen wiederholt ihre Erfahrungen machen müssen, ehe sie zu der richtigen Erkenntnis gelangen.

AUS DER ORGANISATION

Stellungnahme der VRA Landesorganisation Tirol zur Diversantentätigkeit der Strobel-Chique.

Es ist uns schon lange bekannt, daß Strobels MLPÖ nur eine Tarnbezeichnung ist, und er nur zu Alibizwecken mit Hilfe einer umfangreichen Adressenkartei von Zeit zu Zeit Gratis-Material versendet. Wir wissen aber auch, daß Strobels Hauptaufgabe eine andere ist.

Die MLÖ wurde 1966 gegründet und wuchs in kurzer Zeit zu einer verhältnismäßig starken Organisation heran. Für die österreichische Arbeiterbewegung war dies ein Morgendämmern. Strobel ist es gelungen, diese Organisation gänzlich zu zerschlagen. Heute ist die Tätigkeit Strobels auf die Bespitzelung der Marxisten, bzw. revolutionären Arbeiterbewegung spezialisiert. Strobel prahlt in seiner Aussendung damit, auch in Innsbruck einen solchen Agenten zu haben. Woher er das Geld zur Finanzierung dieser Spitzel bezieht wissen wir nicht, aber eines wissen wir, von Mitgliedern seiner sogenannten MLPÖ bekommt er es nicht.

Es liegt auf der Hand, daß Strobel seinen Beobachter und Spitzel in Innsbruck beauftragt, unsere Tätigkeit zu sabotieren wo immer es möglich ist. So wurde von dieser Person, (die sich damit entlarvte) eine Reihe von Anzeigen bei der Polizei und Staatsanwaltschaft erstattet. Die für uns damit verbundenen Kosten für Geldstrafen und Gerichtskosten, treffen uns zwar schwer, werden uns jedoch nicht vernichten, wie Strobel das vielleicht erhoffte. Wie weit sich Strobels Verhalten von dem eines Marxisten-Leninisten unterscheidet, zeigt sein schlechter Charakter, seine Verlogenheit und seine Schwindeleien.

Strobel schreibt in seinem letzten literarischen Erguß vom Ausschluß Hohenecker und Stecher aus der MLPÖ und verdreht die Tatsachen so, als ob beide zur selben Zeit und aus dem gleichen Grund ausgeschlossen worden wären. Unsere Darstellung zeigt aber deutlich, wie Strobel lügt.

Im Sommer 1967 bewarb sich Stecher um die Mitgliedschaft zur MLPÖ. Laut Statut war eine halb- bis einjährige Kandidaturzeit vorgesehen. Trotz heftigstem Widerstand der Tiroler Organisation und ohne die übrigen ZK-Mitglieder zu fragen, stellte Strobel Stecher sofort für einen Lohn von S 3000.- hauptamtlich als "Landessekretär" an. Mit allen diktatorischen Machtbefugnissen und mit den Allüren eines SS-Offiziers spielte Stecher hinter einem wuchtigen Schreibtisch die Komödie eines "Landesleiters" der MLPÖ. Wie vorauszusehen war, gelang es Stecher nicht, neue Mitglieder zu gewinnen, im Gegenteil, er stieß vorhandene ab. Seine Vergangenheit warf ihre Schatten nun auch auf die Tiroler Organisation der MLPÖ.

Noch einmal rieten wir in Briefen vom 1.11. und 18.12.1967 Strobel ab, Stecher weiter zu halten. Die Briefe blieben unbeantwortet. Unter Mißachtung des Tiroler Kollektivs und ohne das ZK zu informieren, sowie unter Verletzung des Parteistatuts, schloß Strobel Hohenecker aus der MLPÖ aus. Hohenecker war Mitglied des ZK der MLPÖ und für seinen Ausschluß wäre eine Zweidrittelmehrheit des Parteitags notwendig gewesen.

> "Manche Genossen haben sich ein arrogantes Verhalten zugelegt. Sie benehmen sich den Organen der Partei gegenüber grob und rücksichtslos, geben stets die Schuld diesem oder jenem Parteimitglied, welches die lokale Arbeit macht, niemals aber sich selbst..."
>
> (Mao Tsetung)

Hohenecker wandte sich nun an die Schiedskommission um Berufung bzw. Beschwerde gegen dieses Urteil einzulegen. Was dann geschah, reicht weit über die Grenzen faschistischer Originalität!

Als Strobel erfuhr, daß die Schiedskommission gewillt war, Hohenecker anzuhören, flatterte allen Mitgliedern derselben, der bekannte, von Strobel gezeichnete Brief ins Haus: "Das Zentralkomitee hat einstimmig beschlossen, Dich wegen grober Verletzung der Parteidisziplin aus der MLPÖ auszuschließen."